



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 25
18. Wahlperiode
16. Januar 2015

DIE KONSEQUENZEN AUS DEM TERROR IN PARIS

Liebe Leserinnen und
Leser!

Die Anschläge von Paris waren ein feiger Angriff auf unsere demokratische Werteordnung. Nach diesen Gräueltaten sollten wir nicht den Fehler machen und den modernen Islam mit dem globalen Terrorismus gleichsetzen. Täter wie dies, würde den Terroristen in die Karten gespielt und eine gesellschaftliche Spaltung gefördert werden. Stattdessen sollten wir Meinungs- und Pressefreiheit gegen Populisten und Terroristen verteidigen. Dazu zählt selbstverständlich auch die Veröffentlichung von Karikaturen.

Herzlichst Ihr

Die Anschläge von Paris haben die Welt weit über die Grenzen Frankreichs schockiert. Mit der eindrucksvollen Kundgebung am vergangenen Sonntag in Paris, haben mehr als drei Millionen Franzosen Stärke gezeigt: Solidarität mit den Opfern der Anschläge und Einigkeit über kulturelle Grenzen hinweg. Paris hat gezeigt: Europa und die Welt stehen geschlossen gegen Fanatismus und Terror. In Berlin habe ich gemeinsam mit anderen hochrangigen politischen und gesellschaftlichen Amts- und Würdenträgern an einer Mahnwache am Brandenburger Tor teilgenommen. Zusammen haben wir ein Zeichen für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland und eine freiheitliche Gesellschaft gesetzt. Von der muslimischen Gemeinde in Deutschland erwarten wir aber auch eine kon-

struktive Aufarbeitung der Frage, warum noch Menschen verfolgt, belästigt und getötet werden. Die islamischen Verbände in Deutschland müssen sich hier eindeutig positionieren. Dazu müssen sie sich weiterhin klar von Gewalt im Namen des Islam distanzieren: in der Lehre und im Alltag.

Unser Bundespräsident Joachim Gauck fand im Rahmen der Mahnwache dazu klare Worte: „Die Terroristen wollten uns spalten. Erreicht haben sie das Gegenteil. Sie haben uns zusammengeführt.“ Es wäre daher falsch, wenn wir deutsche Muslime unter Generalverdacht stellen und einen Keil zwischen die unterschiedlichen Religion treiben würden. Die Politik der Union steht für das friedliche Zusammenleben der Religionen.

Einige populistische Gruppierungen in Deutschland haben nach den Anschlägen in Paris Islamophobie als Sprungbrett in die Öffentlichkeit genutzt. Dieses Verhalten ist unerträglich. Das Leid Anderer darf politisch nicht instrumentalisiert werden. Deutschland braucht keine reaktionäre Politik, sondern eine vernünftige und nachhaltige, die uns alle schützt. Wie schon vor den Anschlägen fordern wir deshalb eine bessere Gesetzesgrundlage zur Vorbeugung terroristischer Anschläge. Dazu gehören unter anderem die Einführung der Vorratsdatenspeicherung, die Wiedereinführung des Verbots der Sympathiewerbung für terroristische Organisationen oder aber der Entzug des Personalausweises bei Reisenden in Sachen Terrorismus.

ÜBER DATEN, FREIHEIT UND SICHERHEIT

Sicherheit und Freiheit stehen schon immer im Konflikt. Will man Sicherheit stärken, darf Freiheit nicht maßlos beschränkt werden; Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt und Leib und Leben ausreichend geschützt werden können. Schon lange vor den Anschlägen in Paris hat sich die Union für einen Maßnahmenkatalog ausgesprochen, der eine effektivere und

verhältnismäßige Terrorprävention ermöglicht. Dazu zählen die Einführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS) oder des Verbotes der Sympathiewerbung (ehem. §129a StGB). Bundesjustizminister Heiko Maas ist davon noch nicht überzeugt. Weder das Bundesverfassungsgericht noch der Europäische Gerichtshof haben die zeitlich befristete Speicherung von

Daten zur Verhinderung schwerster Kriminalität grundsätzlich untersagt. Christ- und sozialdemokratische Innenminister aller Länder fordern schon lange die Einführung der VDS als ein wirksames Mittel im Kampf gegen schwerste Kriminalität. Die Union ist der Ansicht, dass die VDS ein geeignetes Mittel zur Verhinderung schwerer Kriminalität ist.

DU BIST WAS DU ISST

In dieser Sitzungswoche wurde parallel zum politischen Alltagsgeschehen in Berlin die Internationale Grüne Woche eröffnet. Passenderweise hat sich der Bundestag daher mit der Wertschätzung von Lebensmitteln und der Stärkung des Ernährungsbewusstseins in der Bundesrepublik beschäftigt. Im Zeitalter der modernen Kommunikation und Fortbewegung erkennen wir als Union unseren gesundheits- und ernährungspolitischen Auftrag vorwiegend als Aufklärung

der Heranwachsenden. Aber auch die Sensibilisierung der Erwachsenen spielt eine wichtige Rolle. In unserem Antrag „*Gesunde Ernährung stärken - Lebensmittel wertschätzen*“ fordern wir daher die Bundesregierung zur Entwicklung einer nationalen Präventionsstrategie auf. So wollen wir unausgewogene Ernährung und mangelnde Bewegung hierzulande bekämpfen. Dabei spielt auch die Wertschätzung der Lebensmittel eine wichtige Rolle. Deshalb ist es Ziel der Union,

die deutschen Verbraucher für einen bewussteren Umgang mit Lebensmitteln zu sensibilisieren. Auf diese Weise können wir einem Anstieg der Lebensmittelabfälle in Deutschland entgegenwirken. Gegenwärtig werden rund 11 Millionen Tonnen von Industrie, Handel und Großverbrauchern und Privathaushalten ungenutzt weggeschmissen. Mit der Präventionsstrategie wollen wir den Bürgern bei einer gesunderen Lebensführung helfen und die Landwirtschaft entlasten.

BILDUNG IN DEUTSCHLAND

Diesen Freitag wurde dem Deutschen Bundestag der *Nationale Bildungsbericht 2014* vorgelegt. Dieser Bericht skizziert eine positive Entwicklung der Bildungsqualität in allen Bereichen des deutschen Bildungssystems. Im Vergleich zu 2002 können wir eine Verdopp-

lung der Hochschulabsolventen verzeichnen. Wir wollen weiterhin auch die duale Ausbildung und das Erlernen eines handwerklichen Berufes besser fördern. Denn die duale berufliche Ausbildung ist ein wichtiges Markenzeichen unseres Landes. Bei der

grundsätzlich positiven Entwicklung im Rahmen der Bildungspolitik setzt sich die Union auch in Zukunft für die Beseitigung sozialer Hürden ein: Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Das ist Bildungspolitik im Sinne der CDU/CSU.



© Joerg Trampert / pixelio.de



© Lupo / pixelio.de

TERMINAUSWAHL

17.01.2015

Grünkohlessen auf Einladung des CDU-OV Elbmarsch, *Drage*

18.-19.01.2015

Europafraktionsvorsitzendenkonferenz, *Brüssel*

21.01.2015

Besuch der Grünen Woche in Berlin, *Berlin*

24.01.2015

Bürgerklausurtagung, *Buchholz*

25.01.2015

Rede beim Neujahrsempfang des CDU-OV Hollenstedt, *Hollenstedt*